

6. Interpellation von Hanspeter Gantenbein und Verena Herzog vom 13. Februar 2013 "Stärkung der Berufsbildung angesichts des Rückgangs von Schulabgängern - Keine Maturandenquotenerhöhung auf Kosten von Lehrstellenplätzen (12/IN 8/87)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellanten haben das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Gantenbein, SVP: Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Es freut mich sehr, dass der Regierungsrat unser duales Berufsbildungssystem als das eigentliche Rückgrat des Erfolgs der Schweizer Wirtschaft sieht und ein so klares Bekenntnis zu diesem Bildungssystem abgibt. Aus diesem Grund müssen wir diesem Herzstück oder Erfolgsmodell höchste Beachtung schenken. Eine zukunftsgerichtete Auseinandersetzung ist deshalb überaus wichtig. Ich **beantrage** Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Diskussion

Gantenbein, SVP: Meines Erachtens ist unser duales Bildungssystem das Erfolgsmodell schlechthin, um das uns unsere Nachbarländer, im Speziellen jene Länder mit einer immer grösseren und wachsenden Jugendarbeitslosigkeit der unter 25-jährigen, beneiden. Einige erschreckende Zahlen arbeitsloser Jugendlicher: Griechenland 60 %, Spanien 55 %, Italien und Portugal 38 %, Frankreich 27 %. An einem Vortrag von Bundesrat Johann Schneider-Ammann an der Universität Zürich wurden diese Länder und die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) als Beispiele für "überakademisierte" Gesellschaften genannt. Die Kopflastigkeit der dortigen Bildungssysteme sei ein Grund für die hohe Jugendarbeitslosigkeit und eine galoppierende Deindustrialisierung. In Europa seien seit Beginn der Finanzkrise 3 Millionen industrielle Arbeitsplätze verloren gegangen. Der Anteil der Industrie am Bruttoinlandprodukt betrage nur noch 15 %, in der Schweiz dagegen immerhin noch 23 %. Eine Aussage, die wirklich zu denken gibt und uns auffordert, am Ball zu bleiben. Was die Folgen und die immensen Auswirkungen sind und noch werden können, wenn Jugendliche nicht beschäftigt sind und über Jahre hinweg herumhängen müssen, kann man sich wahrscheinlich nicht einmal im Ansatz richtig vorstellen. Mit dem Projekt "New Deal for Europe" soll der dramatischen Lage im europäischen Arbeitsmarkt begegnet werden. Diese Bemühungen setzen unser Berufsbildungsmodell in den Mittelpunkt. Der bereitgestellte Betrag von 6 Milliarden Euro soll in erster Linie an Unternehmen gehen. Auch die USA haben festgestellt, dass Jugendarbeitslosigkeit nicht einfach

konjunkturrell bedingt ist, und sie wollen vom Schweizer Vorbild profitieren. An den Colleges oder an den Mittelschulen fehlt schlichtweg eine arbeitsmarktgerechte, praktische Ausbildung, welche die Wirtschaft schliesslich verlangt. Bundesrat Johann Schneider-Ammann nennt es ein überakademisiertes, kopflastiges Bildungssystem. Gehen wir selber nicht auch immer weiter in diese Richtung? Meines Erachtens lässt der Lehrplan 21 grüssen. Wir müssen Jugendliche nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen, anstatt, etwas übertrieben gesagt, zu gescheiterten, aber arbeitslosen Theoretikern ausbilden. Der frühere Preisüberwacher, Rudolf Strahm, bestätigt, dass europäische Länder, die nur vollschulische und akademische Berufsbildungsgänge anbieten, für die Akademisierung des Bildungssystems mit hoher Jugendarbeitslosigkeit bezahlen. Es ist wirklich nicht die Absicht, die beiden Ausbildungssysteme gegeneinander auszuspielen. Es kann aber auch nicht sein, dass Mittelschul- und Berufsmaturanden gesellschaftlich noch immer nicht auf die gleiche Stufe gestellt werden. Die sture Trennung ist meines Erachtens dumm und fahrlässig. Ich fordere, dass wir in Statistiken immer beide Quoten zusammen erwähnen und ohne Wenn und Aber auch gleich gewichten. Am 9. Juli 2013 hat Ulrich Berger, Chef des Amtes für Berufsbildung des Kantons Thurgau, ausgesagt, dass 450 Lehrstellen noch nicht besetzt seien. Gemäss der Beantwortung der Interpellation erreichen wir erst im Jahr 2017 den Tiefpunkt der Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Wie motivieren wir nun die vielen Unternehmungen, jetzt nicht einfach Lehrstellenplätze abzubauen oder die Ausbildung von Lehrlingen aufzugeben? Unsere Interpellation ist ein Anfang, um aufzuzeigen, dass dieser Ausbildungsweg für uns und die Unternehmer selber sehr wichtig ist. Ich frage mich auch, ob die Ausbildungsfächer an der Pädagogischen Hochschule wirklich unserem Bedürfnis entsprechen. Was wird dort unternommen, damit die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer den Wert dieses wertvollen Berufsbildungssystems richtig erfassen? 20 % der Studentinnen und Studenten an der Pädagogischen Hochschule in Kreuzlingen stammen aus Deutschland. Sie kennen unser duales Bildungssystem noch weniger. Hier ist bestimmt auch ein Ansatzpunkt mit grossem Handlungsbedarf, welcher uns im Kanton Thurgau weiterbringen würde. Vielleicht wäre es sogar sinnvoll, wenn diese Studenten für mindestens ein Jahr in der produzierenden Wirtschaft tätig sein müssten. An der Sitzung vom 6. Dezember 2013 haben wir bereits über unsere Schule und darüber debattiert, wie wichtig das Grundlagenwissen ist. Der Schweizerische Gewerbeverband kritisiert bereits heute den Lehrplan 21 massiv. Auf der Oberstufe sei eine derartige Fülle von Kompetenzen geplant, dass oftmals der Bezug zur Lebenswelt abhanden komme. Für den Gewerbeverband ist klar, dass sich die Unlust für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften noch verstärken und unseren Wirtschaftsstandort schwächen werde. Der Gewerbeverband verlangt explizit mehr Drill in diesen Fächern. Wenn wir einer Deindustrialisierung auch in unserem Kanton Thurgau entgegenwirken wollen, dürfen wir nicht dieselben Fehler wie fast alle EU-Länder machen. Wir brauchen eine ganz besondere, gezielte Förderung des Nachwuchses in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern. Es ist störend, wenn die Löhne von Berufsleuten mit einer an-

spruchsvollen 4-jährigen Ausbildung teilweise tiefer liegen als jene von Hilfskräften anderer Branchen. Man kann sich vorstellen, welche Folgen eine Annahme der "Mindestlohn-Initiative" für unsere gelernten Berufsleute und im Speziellen für einen konkurrenzfähigen Werkplatz Schweiz hätte. Es gilt, unser Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung auf allen Stufen zu fördern, der Mittelschule gleichzustellen und mit Titelaufwertungen einen bildungspolitischen und prestigebezogenen Image-Tatbeweis zu erbringen. Es gilt vor allem aber auch, jetzt einen Marschhalt in der Umsetzung des Lehrplanes 21 einzulegen und diesen endlich auf unser Erfolgsmodell des dualen Bildungssystems anzupassen.

Gutjahr, SVP: Die SVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation und die richtige Stossrichtung. Wir stimmen mit den Ausführungen im Grossen und Ganzen überein. Ich möchte aber ein paar zusätzliche Inputs in die Waagschale werfen. Das duale Berufsbildungssystem geniesst eine sehr breite Akzeptanz. Darauf dürfen wir uns jedoch nicht ausruhen. Es gilt, die Verbindungen zwischen verschiedenen Schulen und der Wirtschaft zu verbessern und zu stärken, damit auch die handwerklichen Berufe die notwendige Gewichtung erhalten. Wissen Sie, dass heute 14 Lehrlinge als Zimmermann fehlen? Der Gärtnerberuf scheint auch uninteressant geworden zu sein. Weshalb nur? Es gibt dort zwölf offene Lehrstellen. Beim jährlichen Berufswahlparcours unserer Arbeitgebervereinigung wählte kein einziger Schüler diese Berufsrichtung. Auch der Schnupperhalbtage als Elektriker war nicht gefragt. Es gibt in diesem Bereich acht offene Lehrstellen. Im August 2013 waren über 450 freigehaltene Lehrstellen nicht besetzt. Dafür boomen Berufe wie Informatiker oder Mediamatiker. Gemäss einer Studie des Link Institutes werden nächstes Jahr 3 % der nicht besetzten Lehrstellen nicht mehr angeboten. Meines Erachtens ist es zu überdenken, ob hier nicht Handlungsbedarf besteht. Nebst den nicht besetzten Lehrstellen, machen die hohen Ausbildungskosten, -fehltag oder teilweise überhöhte Anforderungen an den Betrieb für die Ausbildung der Lehrlinge den Lehrbetrieben zu schaffen. Ein Metallbaukonstrukteur kostet den Lehrbetrieb während seiner 4-jährigen Ausbildung rund Fr. 70'000.--. Darin sind keine Stunden von Berufsbildnern oder Schulabwesenheiten eingerechnet. Diese Berufsgattung ist zudem sehr rar und wird auf dem Markt gesucht wie eine Nadel im Heuhaufen. Als Endresultat grasen andere Betriebe, welche keine Lehrlinge ausbilden, diese nach Qualifikationsabschluss kostenlos ab. Nicht eingerechnet sind auch die Kosten für die Betriebe bei einem Lehrabbruch oder bereits bezahlte überbetriebliche Kurse, Lizenzbeiträge, Lohn, Mitarbeitereinsätze usw. Ich glaube nicht, dass ich hier noch etwas von Motivation erwähnen muss. 2012 waren rund 7'000 Lehrlinge in einem Lehrverhältnis. 9 %, also 630 Lehrtöchter und Lehrlinge, lösten den Lehrvertrag auf. Lediglich 35 % der 630 Jugendlichen fanden eine neue Lehrstelle. Das heisst, dass 5 % aller Lehrlinge, also 400 Jugendliche, nie eine Lehre beenden und auf dem Arbeitsmarkt einen schwierigen Stand haben werden. Die Wirtschaft setzt sich mit dieser wichtigen Thematik auseinander und trägt damit zum sozialen Frieden der Gesellschaft bei. Kennen Sie das 80/20

Prinzip (Pareto-Prinzip)? Über 3'000 Firmen bilden Lehrlinge aus. Das sind 20 % der Betriebe im Kanton. Das heisst, 20 % bilden für die restlichen 80 % der Firmen Lehrlinge aus und tragen dafür die sehr hohe und grosse Verantwortung sowie die Kosten. Um auch in Zukunft die Attraktivität für Lehrstellenplätze zu halten, sollten die Ausbildungsauslagen gerecht verteilt werden. Der Maturand wird im Gegensatz zulasten des Steuerzahlers ausgebildet. Ist das nicht eine Divergenz? Viel Energie muss zudem für die persönliche Weiterentwicklung aufgebracht werden. Anstand, Zuverlässigkeit und Leistungswille sind nur einzelne Eckpunkte, die oft fehlen. Ohne diese Grundlagen kann die berufliche Weiterentwicklung nicht vorangetrieben werden. Damit dies gelingt, übernehmen die Betriebe diese Aufgabe. Schwache Schulleistungen nehmen zu, und der Leistungswille fällt. Ist das unserem Wohlstand zuzuschreiben? Ist es richtig, dass bei der Pädagogischen Maturitätsschule (PMS) tiefere Hürden als an der Mittelschule gelten? Öffnen wir hier Türen für den geringen Widerstand? Aus den genannten Gründen ist es wirklich richtig, mit der eingereichten Motion die Forderung "Schaffung der gesetzlichen Grundlage für ein niederschwelliges Berufs-Angebot" zu verlangen. Es müsste unser Bestreben sein, das Niveau in allen Ausbildungsbereichen zu halten oder zu verbessern. Setzen wir alles daran, einen Berufsnachwuchs zu schulen, der den Widrigkeiten trotz und persönliche sowie wirtschaftliche Erfolge feiern kann.

Ulrich Müller, CVP/GLP: Die vorliegende Interpellation eröffnet offensichtlich bereits den Kampf, vor dem sie warnt. Die Forderung, dass Vertreter beider Bildungsgänge, des dualen und des gymnasialen Bildungsgangs, am gleichen Strick ziehen müssen, ist sicher richtig, auch wenn die Fragen in der Interpellation und das berückichtigte Zitat des zuständigen Bundesrates darauf hinweisen, dass wohl beide am gleichen Strick, aber an verschiedenen Enden ziehen. Die Antworten des Regierungsrates sind interessant und ausführlich. Sie können die Vermutungen der Interpellanten nicht bestätigen. So hat doch eine deutliche Verschiebung von der gymnasialen zur Berufsmatura stattgefunden. Von einem Abbau der Anforderungen an eine Matura kann nicht die Rede sein. Trotzdem ist mir bei dieser Diskussion nicht wohl. Wir sind gegenwärtig in einer Abstimmungsdiskussion über die Initiative zur Masseneinwanderung. Dabei wird immer wieder erwähnt, dass unsere Spitäler ohne ausländische Ärztinnen und Ärzte nicht mehr zu betreiben wären. Man kann es fast nicht mehr hören. Wir wissen alle, dass wir hier selbst schuld sind. Es gibt Hunderte bis Tausende junge, leistungswillige und leistungsfähige Abgängerinnen und Abgänger aus unseren Mittelschulen, deren dringendster Wunsch war, Medizin zu studieren. Wir haben sie daran gehindert. Nun sind wir auf ausländische Kräfte angewiesen. Die "avenir suisse", mit ihrer bekannten Begabung für das richtige Wort zur richtigen Zeit, hat unlängst triumphierend verkündet, dass es in der Schweiz zurzeit 3'500 ausländische Ärztinnen und Ärzte gebe. Die Schweiz habe damit 3 Milliarden Franken gespart. Wenn das unsere Triumphe sind, dann haben wir ein Problem. Schliesslich sollten wir uns auch darüber im Klaren sein, wie unfair wir uns hier gegen-

über unseren Jungen verhalten. Wir brauchen diese. Sie sind bereit, aber wir ziehen es vor, ihnen die nötige Ausbildung vorzuenthalten. Die Interpellanten haben auch auf die Quote der Abbrüche der Medizinstudenten von fast 30 % hingewiesen. Leider ist der Regierungsrat nicht darauf eingegangen. Ich habe keine Zahlen. Die Schwierigkeiten, die wir den vielen jungen Frauen, die Medizin studieren, bei der Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung und Familie bereiten, könnten aber Schuld an manchem Studienabbruch sein. So stehen wir vor der eindrücklichen Situation, dass eine Politikerin, die sich zuvorderst dafür einsetzt, diese Vereinbarkeit nicht zu erleichtern, sich dann in einer Interpellation über die Folgen wundert. Ich erwähne das Beispiel, da ich vermute, dass uns auch andere Fachleute fehlen, weil ein gewisses Misstrauen gegenüber der gymnasialen Bildung unser Land durchzieht. Wir brauchen auch Geistes- und Naturwissenschaftler sowie Juristen und Manager aus den Hochschulen. So erfolgreich unser duales Bildungssystem sein mag, wir brauchen auch den anderen Teil des Bildungssystems. Deshalb würde ich es vorziehen, wenn alle mit der Bildung befassten Personen am gleichen Strick ziehen würden. Ich danke dem Regierungsrat, dass in seiner Antwort zum Ziel steht und er ausdrücklich sagt, dass eigentlich das ganze Bildungssystem prägen sollte und es allen Akteuren im Bildungswesen ein Anliegen sein müsse, den Jugendlichen jenen Ausbildungsweg zu ermöglichen, der ihren Fähigkeiten und Interessen am besten entspreche.

Trachsel, EDU/EVP: Wie die Zahlen in der Beantwortung des Regierungsrates zeigen, geht der Trend nicht unbedingt in Richtung der gymnasialen Maturität. Meines Erachtens ist die Vernetzung zwischen der Schule, der Wirtschaft und dem Kanton zentral, wie es auch in der Antwort erwähnt wird. Das ist von grosser Bedeutung. Es erfreut mich, dass die Quote der Berufsmaturität steigt. Es ist immer von Vorteil, wenn Führungskräfte noch wissen, was an der Basis läuft, weil sie selber einmal dort gearbeitet haben. Der Regierungsrat schreibt in seiner Beantwortung, dass eher Lehrerstellen von nebenberuflich tätigen Personen reduziert, bevor Hauptlehrerstellen abgebaut werden. Ich frage mich, ob das richtig ist. Nebenberuflich tätige Lehrpersonen haben einen engeren Bezug zum Berufsalltag. Dies kann durchaus eine Chance sein, um den Unterricht möglichst praxisbezogen zu gestalten. Dass das duale Bildungssystem gut ist, zeigt sich unter anderem darin, dass wir in anderen Ländern darum beneidet werden. Es lohnt sich, dass wir dazu Sorge tragen und uns darüber Gedanken machen, wie es in Zukunft weitergeht. An der Tatsache, dass die Zahl der Schulabgänger in den nächsten Jahren rückläufig ist, können wir und auch der Kanton nichts ändern. Als Lehrmeister muss ich mich fragen, was dafür spricht, dass sich ein Schulabgänger für eine Lehre bei mir entscheidet. Verbreite ich Berufsstolz, Freude und Faszination oder sehe ich nur alles schlecht, keine Perspektiven und verbreite das Gefühl, dass es andere besser haben? Ich bin davon überzeugt, dass jene, die Lehrstellen anbieten, einen grossen Einfluss darauf haben, ob sich junge Menschen für eine Lehre entscheiden.

Hansjörg Brunner, FDP: Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Ich erlaube mir, auch meine Sicht als Präsident des Thurgauer Gewerbeverbandes einzubringen. Ich bin mit den Ausführungen des Regierungsrates einverstanden, die bestätigen, dass das duale Berufsbildungssystem hervorragende Arbeitskräfte hervorbringe, die im Arbeitsmarkt auch effektiv gebraucht werden. Die Aussage, dass es für unseren Regierungsrat klar sei, dass der Erfolg der Schweizer Wirtschaft in engem Zusammenhang mit dem Erfolgsmodell der dualen Berufsbildung stehe und hauptsächlich auch zur niedrigen Jugendarbeitslosigkeit beitrage, hat mich besonders gefreut. Natürlich ist es nicht neu, dass der Kanton den hohen Stellenwert der Berufsbildung anerkennt. Das Amt für Berufsbildung leistet hier im Rahmen seiner Möglichkeiten seit Jahren hervorragende Arbeit und bietet wertvolle Unterstützung. Dafür gebührt den Verantwortlichen ein grosser Dank. Die demographische Entwicklung mit steigendem Rückgang von Schulabgängern hat vor drei Jahren zur Lancierung der Thurgauer Berufsmesse durch den Thurgauer Gewerbeverband geführt. Als Präsident bin ich stolz, aber auch dankbar dafür, dass sich unsere Berufsmesse als Plattform für die Nachwuchsrekrutierung stetig steigender Beliebtheit erfreut. Das grosse Interesse von Jugendlichen, Eltern, Schulen und Lehrfirmen zeigt uns, dass wir mit der Berufsmesse ein wichtiges Bedürfnis abdecken, um zukünftige Lehrlinge mit Lehrstellenanbietern zusammenzubringen. Das enge Miteinander von Politik und Wirtschaft ist entscheidend, damit wir auch in Zukunft über einen qualitativ und quantitativ starken Berufsnachwuchs verfügen. Die Ausbildungsbetriebe, der Thurgauer Gewerbeverband und die Industrie- und Handelskammer müssen dazu immer wieder das Gespräch mit der Politik suchen und ihre Forderungen mit Nachdruck vertreten. Nur wenn es uns allen gemeinsam gelingt, das hohe Niveau unseres Berufsnachwuchses im Minimum zu halten, wird die Schweiz im immer härter werdenden internationalen Wettbewerb bestehen können. Ich gehe auf einzelne Antworten in der Interpellation ein. Frage 2: Die Gesamtbeurteilung ist sicher richtig. Meines Erachtens ist die Ausgangslage auf dem Lehrstellenmarkt gut. Es ist wichtig, dass das Angebot an Lehrstellen deutlich grösser als die Nachfrage sein muss, um die Attraktivität der berufsorientierten Ausbildungen möglichst hoch zu halten. Die Lage zeigt sich aber für einzelne Branchen bereits heute problematisch. Vor allem Berufe, denen ein negatives Image anhaftet, stossen bei den Jugendlichen auf wenig Interesse, sodass viele Lehrstellen nicht besetzt werden können. Die Verbände machen mit verschiedensten Werbekampagnen und Aktivitäten auf ihre Berufe aufmerksam. Es ist fraglich, ob das alleine genügt. Zudem haben mit der Reform in der Berufsbildung neue Berufsbezeichnungen Einzug gehalten, an die man sich noch nicht richtig gewöhnt hat oder die viele noch überhaupt nicht kennen. Haben Sie gewusst, dass der Lastwagenchauffeur heute eine Ausbildung zum Strassentransportfachmann macht oder der Dachdecker heute ein Polybauer ist? Frage 7: Betreffend Kantonsschulen ist die Antwort des Regierungsrates sicher korrekt. Meines Erachtens ist es aber fraglich und nicht

nachvollziehbar, weshalb es bei der PMS keine Probezeit gibt und nicht dieselben Anforderungen wie bei den Gymnasien gelten. Dadurch erfährt das Image dieser Schule eine unnötige Abwertung. Das dürfen wir uns in der heutigen Zeit nicht mehr leisten. Es muss davon ausgegangen werden, dass deshalb einige Jugendliche den leichteren Weg über die PMS dem härteren Weg über die Kantonsschule vorziehen. Frage 8: Die Antwort des Regierungsrates, dass es aus heutiger Sicht fraglich sei, ob mit einer Zusammenlegung der beiden Mittelschulen in Kreuzlingen massiv Kosten gespart werden könnten, genügt nicht. Es kann nicht sein, dass aufgrund einer Hypothese ein heisses Eisen nicht angefasst wird. Es ist jetzt an der Zeit, eine detaillierte Analyse vorzunehmen, um klare Fakten zu erhalten. Frage 10: Für das Angebot an Lehrstellen sind die Branchen und Betriebe zuständig. Sie schaffen die notwendigen Ausbildungsplätze nach Bedarf. Es wäre sicher falsch, wenn der Staat hier regulierend eingreifen würde. Gerade bei den kaufmännischen Berufen zeigt sich, dass die KV-Ausbildung an den Handelsmittelschulen nicht zu befriedigen vermag. Es fehlt der Praxisbezug. So bekunden viele Absolventen Mühe, nach der Ausbildung an einer solchen Schule eine Anstellung zu finden. Bei dieser Antwort hat uns das klare Bekenntnis des Regierungsrates zur Berufsmesse sehr gefreut. Frage 12: Es ist und war uns schon immer bekannt, dass akademische Bildungswege für den Staat teurer sind. Die Argumente sind längst bekannt, und es gibt dazu keine neuen Erkenntnisse. Eine Gleichbehandlung zwischen akademischer und beruflicher Bildung muss auf eidgenössischer Ebene angestrebt werden. Frage 13: Es ist mir klar, dass solche Vergleiche wenig bringen. Uns ist aber wichtig, dass der Regierungsrat alles dafür unternimmt, um die handwerklichen Berufe zu fördern. Grundsätzlich darf festgestellt werden, dass sich unser duales Berufsbildungssystem sehr bewährt hat. Der Thurgauer Gewerbeverband setzt sich dafür ein, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird. Meines Erachtens ist die Forderung unverständlich, nebst der sehr erfolgreichen beruflichen Grundbildung mit Eidgenössischem Berufsattest mit einem neuen Schritt zurück ein noch niederschwelligeres Berufsbildungsangebot einzuführen, wie es von einigen Ratsmitgliedern gefordert wird. Wir müssen versuchen, das Niveau der Berufsbildung nach oben anzupassen. Nur ein gut ausgebildeter Berufsnachwuchs trägt schlussendlich zum wirtschaftlichen und damit auch gesellschaftlichen Erfolg unseres Landes bei.

Hugentobler, SP: Die SP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die Beantwortung der vielen Fragen. Bei mir hat die Interpellation ein ungutes Gefühl hervorgerufen, weil die Stärkung der Berufsbildung mit der Schwächung der gymnasialen Matura einhergeht. Dieses gegeneinander Ausspielen ist meines Erachtens nicht zielführend. Es ist eine Realität, dass wir weniger jugendliche Schulabgängerinnen und Schulabgänger haben. Das führt zwangsläufig dazu, dass wir weniger Lehrlinge, aber auch weniger Gymnasiasten haben werden. Ein ungutes Gefühl entstand auch durch das Sammelsurium von unzusammenhängenden Fragen. Diese hatten für mich einen Unterton, und sie sind

tendenziös. Ich bin froh über die Antworten des Regierungsrates, die zeigen, dass die Tendenzen nicht den Befürchtungen der Interpellanten entsprechen. Ich bin versucht, den Interpellanten zuzurufen, dass intelligent sein nicht strafbar ist. Die Interpellation hat mich auch etwas verwirrt. Aus der SVP höre ich, dass wir zu viele deutsche Professoren, Ärzte und Akademiker hätten. Offensichtlich gibt es für diese Leute ja Arbeit. Es ist eine Nachfrage vorhanden. Wenn wir da Schweizerinnen und Schweizer wollen, müssen wir diese auch ausbilden und den gymnasialen Weg stärken. Wir müssen aufpassen, dass wir Jugendliche, die eine gymnasiale Ausbildung anstreben, nicht entmutigen oder gar stigmatisieren. Man sollte über "Studierte" nicht abschätzig sprechen. Es braucht auch diese. Bei einem kieferchirurgischen Eingriff geht man auch nicht zum Spengler, nur weil dieser mit Ersatzteilen Erfahrung hat. Lassen Sie sich die Narkose von einem Schnapsbrenner verpassen, nur weil dieser auch Erfahrung mit Betäubungsmitteln hat? Ich würde es nicht so machen. Etwas verwirrt hat mich auch, dass aus derselben Fraktion Fragen zur Verweiblichung des Lehrerberufes gestellt werden. Wenn wir im Lehrerberuf junge Männer wollen, müssen wir diese dazu motivieren, einen gymnasialen Weg einzuschlagen und nicht hinterfragen, was die Pädagogische Hochschule falsch macht. Der duale Weg ist ein Erfolgsmodell. Da stehe ich auch dahinter. Es ist wichtig, dass Eltern und Schülerinnen und Schüler darüber gut informiert werden. Es besteht das Kooperationsmodell, welches im Übrigen an den Pädagogischen Hochschulen gelehrt wird, welches aufzeigt, dass Wirtschaft, Berufsberatung, Eltern und Schule bei einer sinnvollen Berufswahl zusammenarbeiten müssen. Die unguuten Gefühle befallen mich auch bei der Gegenüberstellung der Ausbildungskosten. Es braucht Mediziner, Primarlehrpersonen, Schreinermeister und Gärtner. Die Antwort des Regierungsrates zeigt auf, dass überdurchschnittlich viele Lehabgänger eine Berufsmaturität absolvieren. Sie sind auch keine "normalen" Fachleute mehr. Sie machen ein Studium an einer Fachschule oder Fachhochschule. Vielleicht müsste man der Vollständigkeit halber auch die Frage nach den sinkenden Anforderungen der Berufsmaturität stellen oder fragen, ob da nicht "auf Halde" produziert wird. Wir brauchen alle und alles: Handwerker, Berufsleute, Fachspezialisten und Akademiker. Es kann nicht darum gehen, diese gegeneinander auszuspielen. Es geht darum, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Ausbildung zu ermöglichen, die ihren Eignungen und Neigungen entspricht. Dabei spielt doch eigentlich der viel gepriesene freie Markt.

Brägger, GP: Die Interpellation bringt ein wichtiges Thema zur Sprache, stellt aber leider nur teilweise die richtigen Fragen dazu. Mir will nicht recht einleuchten, was die Fragen 8, 12 und 13 mit dem Interpellationstitel zu tun haben sollen. Da kommt bei mir der Verdacht auf, dass die Interpellanten weniger eine Stärkung der Berufsbildung auf dem Weg der klassischen Lehre, sondern eine Senkung der Maturandenquote anstreben. Wenn im einleitenden Text zur Interpellation vom Kampf um Schulabgänger die Rede ist, mag dies etwas martialisch klingen, entspricht aber durchaus der Realität. Dies bemisst sich

alleine dadurch, dass die Anzahl schulischer Veranstaltungen sowohl zum Thema der weiterführenden Schulen als auch zur Berufswahl insgesamt in den vergangenen Jahren merklich zugenommen hat. Abgesehen vom Berufswahlunterricht innerhalb des regulären Stundenplanes folgen sich Besuche von Berufsmessen, Berufswahlhalbtage von Gewerbevereinen und Sonderwochen zum Thema in immer kürzeren Abständen. Ebenso präsentieren sich Mittelschulen immer häufiger in den Sekundarschulen selbst. Zum traditionellen zweigleisigen Weg, auf dem die Schülerinnen und Schüler in den Sekundarklassen der Stammklassen E auf weiterführende Lösungen im Anschluss an die Volksschule vorbereitet werden, gehört, dass Schulen nicht darum herum kommen, Förderkurse für potenzielle Mittelschulkandidatinnen und -kandidaten anzubieten. Auch diese Kurse werden tendenziell ausgebaut. Hinter den schulischen Kulissen herrscht ein eigentliches Wetttrüsten. Daran besteht kein Zweifel. Da ist es verständlich, dass auch Industrie und Gewerbe versuchen, Einfluss zu nehmen und dazu ein paar Fragen stellen. Meines Erachtens hat der Regierungsrat diese fundiert und genügend ausführlich beantwortet, was mich zur Feststellung veranlasst, dass Handlungsbedarf da und dort gegeben, "Alarmismus" jedoch fehl am Platz ist. Über die Vorzüge des dualen Bildungssystems schweizerischer Ausprägung braucht hier nicht befunden zu werden, diese sind unbestritten. Festzuhalten ist zudem, dass sich die gymnasiale Maturitätsquote im Kanton Thurgau über die letzten Jahre kaum verändert hat, ja sogar leicht gesunken ist und damit deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt. Mit Blick auf die Erwerbsstruktur im Thurgau ist dieser Umstand kein Zufall, sondern als folgerichtig zu bezeichnen. Gleichzeitig hat sich die Berufsmaturitätsquote im gleichen Zeitraum deutlich erhöht, was insbesondere im Hinblick auf den höheren Männeranteil grundsätzlich zu begrüssen ist. Von einer schleichenden oder geplanten Erhöhung der Maturandenquote auf Kosten von Lehrstellenplätzen kann keine Rede sein. Es ist allerdings eine Tatsache, dass bei Schülerinnen und Schülern und deren Eltern insbesondere mit Migrationshintergrund häufig eine Grundhaltung festzustellen ist, dass alles, was mit Handwerk zu tun hat und man auch noch schmutzige Hände bekommt, von vornherein als zweitrangig angesehen wird, weshalb gewisse Jugendliche, gedrängt von ihren Eltern, um jeden Preis eine weiterführende Schule besuchen sollten, selbst wenn die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Häufig fehlt seitens dieser Eltern das Wissen über unser duales Bildungssystem und die mannigfaltigen Ausbildungsmöglichkeiten abseits des klassischen maturitätsgebundenen Wegs. Ich erlebe es gerade in diesen Wochen und Monaten wieder erneut, dass mit Hochdruck an der Vorbereitung auf die Mittelschulprüfungen gearbeitet wird. Hier ist noch viel Informations- und Bewusstseinsarbeit zu leisten. Im Unterschied zu den Interpellanten sehe ich also Handlungsbedarf andernorts und dies in zwei Hinsichten. 1. Gerade weil seitens des Gewerbes schon früh in der Oberstufe der "Run" auf die besten Schülerinnen und Schüler einsetzt und sich diese immer früher für einen Beruf beziehungsweise eine Lehrstelle entscheiden sollten, muss dringend ein Abkommen geschlossen werden, welches dieser Entwicklung Einhalt gebietet. Ein derartiges

Agreement existierte schon einmal. Ich meine jenen ominösen 1. November im Verlaufe des 3. Oberstufenjahres, vor dem kein Lehrvertrag unterzeichnet werden sollte. Was daraus geworden ist, wissen wir alle. Es hat auf freiwilliger Basis nie richtig funktioniert. Im Kanton Zürich wurde vor kurzem ein neuer Anlauf in dieser Richtung unternommen. Unter dem Titel "Ein neuer Fahrplan für die Lehrstellensuche" liess der "Tages Anzeiger" am 15. Juni 2013 verlauten, dass sich die Bildungsdirektion mit der Züricher Gesellschaft für Personalmanagement (ZGP) auf einen Berufswahlfahrplan zur Entschleunigung der Berufswahl und Lehrstellensuche geeinigt habe. Die ZGP zähle rund 2'000 Firmen zu ihren Mitgliedern und werde diesen empfehlen, Lehrlinge erst ab der 3. Sekundarstufe zu rekrutieren. Selbst wenn an der Wirksamkeit von reinen Empfehlungen gezweifelt werden darf, weist das Abkommen doch in die richtige Richtung und ist auch als Modell für den Thurgau bedenkenswert. Darüber wird zu diskutieren sein.

2. Ich orte Koordinationsbedarf, was schulinterne Vorbereitungs- oder Förderkurse für Aufnahmeprüfungen an Mittelschulen betrifft. Auch da findet ein eigentliches "Wettrüsten" zwischen den einzelnen Sekundarschulen statt. In der Einleitung fordern die Interpellanten Fairness, damit die Maturitätsquote nicht erhöht werde. Diese Forderung ist legitim. Ich erwarte vom Gewerbe jedoch mindestens ebenso viel derselben Tugend im Umgang mit unseren Jugendlichen, sodass sie den Weg ihrer Berufswahl solide und mit der nötigen Zeit und Ruhe gehen können. Nur so lassen sich Fehlentscheide und mithin Lehrabbrüche verhindern.

Bornhauser, FDP: Es ist unbestritten, dass Bildung eine aufwendige und teure Angelegenheit ist. Es ist auch unbestritten, dass der Kanton Thurgau schweizweit eine tiefe Maturitätsquote, aber immerhin eine hohe Quote bei der Berufsmatura aufweist. Als Präsident von Holzbau Schweiz Sektion Thurgau verfolge ich diese Entwicklung seit Langem. Das duale Bildungssystem bringt es mit sich, dass sich die Wirtschaft und der Kanton die Aufgaben teilen. Die Wirtschaft übernimmt die berufliche, der Kanton mit Unterstützung der Verbände die schulische Ausbildung. Der Kanton sorgt unter Mitwirkung der Organisationen der Arbeitswelt für ein ausreichendes Angebot an überbetrieblichen Kursen. Hier beginnen die Gegensätze. Während in den Maturitätsschulen und an den Universitäten der Steuerzahler für die Bildung aufkommt, berappt die Wirtschaft ihre überbetrieblichen Kurse, welche sie unter Obhut des Kantons durchführt, zum grössten Teil selber. Dies kann nach der Einführung des neuen Finanzierungssystems bei den Verbänden insbesondere dann zu Problemen führen, wenn grössere Investitionen anstehen. Hier appelliere ich an den Kanton, die verschiedenen Bildungsstufen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern auch der dualen Bildung die nötige Unterstützung zu geben. Dies stärkt die Thurgauer Wirtschaft und die gute Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Verbänden. Denken Sie an das Rückgrat der Thurgauer Wirtschaft. Es soll für jeden Schulabgänger eine Lösung geben. Alleine dies verdient eine Unterstützung der gewerblichen Grundausbildung und Weiterbildung. Am Beispiel des erwähnten Schreinermeis-

ters in der Antwort des Regierungsrates auf die Frage 13 könnte man zum Schluss kommen, dass er dies bereits zur Genüge mache. Ich kenne keinen Schreinermeister mit Berufsmatura. Bei der Ausbildung zum Zimmermeister, sicherlich vergleichbar mit der Ausbildung zum Schreinermeister, trägt der Kanton die Kosten von ca. 120 Berufsschultagen und beteiligt sich an den Kosten von 23 Kurstagen während der Grundausbildung. Damit hat es sich. Man braucht kein grosser Rechner zu sein, um zu sehen, dass dies nur ein Bruchteil der Kosten von knapp Fr. 60'000.-- ist, die der Regierungsrat in seiner Antwort erwähnt.

Regierungsrätin **Knill**: Ich danke Ihnen für die interessanten Diskussionsbeiträge. Der Regierungsrat hat sich in der Beantwortung überzeugt zu den Vorzügen der dualen beruflichen Ausbildungen für unseren Werkplatz Thurgau geäussert. Er hat auch attestiert, dass der Lehrstellenmarkt im Kanton Thurgau eine gute Ausgangslage hat. Der Regierungsrat nimmt Bezug auf die Maturitätsquoten und hält fest, dass nicht an den bestehenden hohen Prüfungsanforderungen geschraubt werde. Wir sind davon überzeugt, dass wir unser Niveau und die Qualität auch mit unseren Maturitätsschulen, ob diese nun die Berufsmaturität, die gymnasiale Maturität oder die Fachmaturitätsschule betreffen, hochhalten müssen. Die Berufsbildung im Thurgau geniesst einen grossen Support. Dass sich der Wettbewerb um die Schulabgängerinnen und -abgänger mit rückläufigen Schülerzahlen bis ins 2017 verstärkt, soll und kann nicht mit staatlichen Interventionen beeinflusst werden. Schon vor Jahrzehnten gab es immer wieder ähnliche Situationen. Diese sind von den Schülerzahlen abhängig. Die Berufsverbände beeinflussen die Attraktivität ihrer Berufe weitgehend selber, so auch der genannte Anteil kopflastiger Bildungsinhalte. Ich bitte die Vertreter der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Wirtschaft, die Berufsausbildung zunehmend wieder zur Chefsache zu machen, wenn es darum geht, in ihren Branchen die Bildungspläne zu revidieren. Ich sehe hin und wieder in Bildungspläne verschiedenster Berufe. Diese werden dem kantonalen Amt für Berufsbildung formell zur Stellungnahme zugestellt. Die Verbände nehmen Anpassungen vor. Am Schluss genehmigt diese der Bund. Die Inhalte machen die Berufsbranchen selber. Sie erlassen die Bildungspläne und legen für ihre zwei-, drei- oder vierjährigen Grundbildungen fest, welche Kompetenzen und Ziele darin zu erreichen sind. In den letzten Jahren wurden bei Revisionen in so genannten Bildungsplänen in verschiedenen Berufen auch die Anforderungen erhöht. Das ist verständlich. Die Anforderungen an die Wirtschaft und die Betriebe haben sich in den letzten Jahren nicht verringert, sondern tendenziell erhöht. Sie bilden sich in den beruflichen Grundbildungen ab. Trotzdem hängt die Attraktivität der Berufsbildung vom vorausgesetzten Kompetenzniveau ab. Der Kanton und die Berufsverbände müssen sich dafür einsetzen, dass auch Schülerinnen und Schüler des Niveaus G in Zukunft breite Bildungsmöglichkeiten in den Grundbildungen erhalten. Grundbildungen mit bereits zu spezialisierten Bildungsinhalten und zu erhöhten Anforderungen können das eine oder andere Lehrverhältnis verunmöglichen. Ich stelle

fest, dass innerhalb von Berufsbranchen, am Beispiel der Schreiner, ganz unterschiedliche Bedürfnisse von verschiedensten Betrieben abgebildet sind, auch in den Bildungsplänen für die berufliche Grundbildung. Die entsprechenden Spezialisierungen sollten erst nach erfolgreichem Abschluss der Grundbildungen stattfinden. Damit setzen die Branchen ein Zeichen, welche Kompetenzen erforderlich sind und ob die Schülerinnen und Schüler, die nicht über ein E-Profil verfügen, überhaupt in der Lage sind, den einen oder anderen anforderungsreichen Handwerkerberuf überhaupt ergreifen zu können. Es wurden die 80/20 Regel und die erhöhten Anforderungen an Lehrbetriebe für ihre Ausbildungen erwähnt. Es stellt sich eine Solidaritätsfrage innerhalb einer Branche, wie man die Kosten verteilt, wenn 80 % der Betriebe davon profitieren, was die übrigen 20 % bezahlen. Man weiss, dass Ausbildungsverantwortliche entsprechende Kurse und Ausbildungen durchlaufen, sich ständig weiterbilden müssen und damit Kosten anfallen. Der Kanton Thurgau unterstützt die Berufsverbände für ihre überbetrieblichen Kurse in einem erhöhten Mass. Wir richten einen so genannten Kantonsbeitrag 2 aus. Dank der Leistungsüberprüfung weiss ich, dass der Kanton Thurgau an der Spitze steht, was die Unterstützung der Branchen pro Lehrverhältnis für ihre überbetrieblichen Kurse anbelangt. Ich stelle fest, dass umliegende Kantone weit weniger Beiträge an die Berufsverbände gewähren, um die überbetrieblichen Kurse zu organisieren. Der Kanton Thurgau beweist seit Jahren, dass die duale Berufsbildung den Stellenwert hat und nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Das heisse Eisen wird vom Departement ohne Handschuhe aufgenommen. Es wurde verschiedentlich das Seilziehen zwischen der dualen Berufsbildung und der schulischen Ausbildung erwähnt. Diese Diskussion haben wir bereits an anderer Stelle, beispielsweise beim Bildungsbericht, immer wieder geführt. Ich bin dankbar dafür, dass man auf schweizerischer Ebene durch gemeinsame Projekte zwischen dem Bund, dem Schweizerischen Gewerbeverband und der Konferenz der Erziehungsdirektoren klare Commitments gefasst und immer wieder verstärkt hat. Man will sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern die bestmöglichen Ausbildungsgänge offen halten, damit das freie Wahlverhalten unserer Schulabgängerinnen und -abgängern im Vordergrund steht. Mark Twain sagte einmal: "Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar weg ist." Ich hoffe, dass wir uns alle zusammen für eine starke Bildung im Thurgau einsetzen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.